

LIBERALISIERUNG DES STROMMARKTS

# Glühbirnenfreiheit



**Auf EU-Ebene geht der Strommarkt-Poker in die letzte Runde. Derweil sind die lokalen Akteure dabei, sich auf die Marktöffnung vorzubereiten und ihre ökologische Verantwortung zu übernehmen.**

(RK) - Während europaweit die Kritik am Prinzip der Liberalisierung der Märkte immer lauter wird, setzen die EU-Institutionen ihren Kurs unbeirrt fort. Die Öffnung der Strommärkte, bereits Ende der 90er Jahre beschlossen, soll nun durch eine zweite Richtlinie beschleunigt werden. Seit dem 1. Januar 2003 sind Großkunden "clients éligibles", sie können ihre Stromlieferanten frei wählen. Vorgesehen ist, dass dies ab 1. Juli 2004 für sämtliche gewerblichen Kunden gilt. Am 1. Juli 2007 sollen auch die Privathaushalte zu "clients éligibles" werden - dann kann fast jede Glühbirne einzeln mit gelbem, grünem oder grauem Strom betrieben werden.

## Mit dem Strom

Um diesen Terminkalender einhalten zu können, muss die Richtlinie schnellstens verabschiedet werden. Bei einem "Triolog"-Treffen am vergangenen Montag erzielten VertreterInnen von Parlament, Kommission und Rat Kompromisse bei fast allen noch strittigen Punkten. Schwierig wird der Prozess auch dadurch, dass das Parlament, unter dem Einfluss des Berichterstatters Claude Turmes ("Déi Gréng"), einen Direktiventext mit leicht grünem Einschlag angenommen hatte. Das wiederum missfällt vielen der oft eher wirtschaftsnahen VertreterInnen von Rat und Kommission.

"Ich habe in erster Lesung 45 von 55 Änderungsanträgen durchsetzen können", so Claude Turmes gegenüber der woxx. "Unterm Strich handelt es sich

bei dieser Richtlinie, verglichen mit der ersten, um eine Re-Regulierung - mit Neuerungen wie Aufsichtsbehörden und Verpflichtungen zu öffentlichen Dienstleistungen." Er sei grundsätzlich kein Anhänger der Liberalisierung, aber: "In meiner Rolle kann ich nur mit dem Strom schwimmen, und dabei versuchen, ihn zu kanalisieren."

Als Erfolg verbucht der Abgeordnete, dass die VerbraucherInnen künftig detailliert über die Herkunft ihres Strommixes informiert werden müssen. Des Weiteren erhalten die Mitgliedstaaten im Rahmen der öffentlichen Dienstleistungen die Möglichkeit, Investitionen in erneuerbare Energien vorzuschreiben. Viel wichtiger sei aber die Erneuerbare-Energien-Richtlinie, die eine Verdoppelung des Anteils an Ökostrom bis 2010 vorsieht, so Claude Turmes.

Beim letzten noch umkämpften Punkt im Direktiventext geht es um die Rückstellungsfonds, die die zukünftige Stilllegung der Kernkraftwerke absichern sollen. Weil es keine EU-weiten Regeln gibt, können französische und deutsche Atomstromkonzerne die Fonds benutzen, um massiv andere Unternehmen aufzukaufen. Claude Turmes möchte dieser "Wettbewerbsverzerrung zugunsten der Nuklearindustrie" einen Riegel vorschieben.

## Grün oder grau?

Ziel der Liberalisierung müsste ein funktionierender Markt mit zahlreichen Akteuren sein. KritikerInnen befürchten, dass nur die staatsnahen Monopole durch ein EU-weites Oligopol von Großkonzernen ersetzt werden. Das Risiko dabei wäre nicht nur die Bildung von Kartellen, sondern auch der Einfluss dieser mächtigen Akteure auf politische Entscheidungen. Claude Turmes erzählt als konkretes Beispiel, "Electricité de France" habe einem Hochschullehrer, der mit ihm zusammengearbeitet hatte, gedroht, seine Forschungsgelder zu streichen. Ob die in der Richtlinie vorgesehenen Regulierungsbehörden und Entflechtungsvorschriften reichen, diese Macht zu brechen, ist fraglich.

Wie aus einer lokalen Vormachtstellung im EU-Kontext eine gefährdete Stellung werden kann, zeigt das Beispiel der Luxemburger Stromgesellschaft Cegedel. Im Jahresbericht 2002 wird die Marktöffnung als "die große Herausforderung" bezeichnet. Den ausländischen Biliganbietern will das Unternehmen Kundenservice und Anpassungsfähigkeit entgegensetzen. Bisher mit Erfolg, denn der Jahresbericht vermerkt, man habe 2002 keinen einzigen "client éligible" eingebüßt.

Aus welchen Quellen der Cegedel-Strom stammt, ist nur bedingt bekannt: Ein paar Prozent erneuerbare Energien, etwa ein

Viertel aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und aus der umstrittenen Escher Gasturbine. Zwei Drittel stammen von der RWE, die wiederum laut Schätzungen zu etwa drei Vierteln auf "schmutzigen" Atom- und Kohlestrom zurückgreift. Um ihr Image anzugrünen, bietet die Cegedel ihren KundInnen seit kurzem wahlweise deutschen Ökostrom der Firma "Greenpeace energy" an.

## Widersprüche

Die Wahl des Greenpeace-Stroms ist allerdings unter UmweltaktivistInnen umstritten (siehe woxx Nr. 690). Eines der Pfunde, mit dem Greenpeace wuchert, ist die zeitgleiche Einspeisung. Dabei wird der Ökostrom in dem Moment erzeugt, wo er wirklich gebraucht wird. Dies soll vorexerzieren, dass der vollständige Verzicht auf Strom aus fossilen Quellen machbar ist, wobei in einer Übergangsphase auf KWK zurückgegriffen wird. Wie wichtig diese Beweisführung ist, belegt ironischerweise ein Besuch auf der Cegedel-Website. Ausgerechnet der Greenpeace-Partner erklärt dort unter dem Titel "Energie alternative ou énergie additive?", eigentlich müsse man bei den erneuerbaren Energien von "additivem" statt "alternativem" Strom sprechen: Sie könnten nämlich keine ganzzeitig zuverlässige Stromversorgung gewährleisten.

Ironie auch, dass gerade EinwohnerInnen der rosa-rot-grün regierten Stadt Esch keinen Ökostrom beziehen können. Dort, wie auch in der Stadt Luxemburg und in verschiedenen anderen Gemeinden, kontrollieren die Stadtwerke den Stromverkauf. Und obwohl Esch seit Anfang dieses Jahres "client éligible" ist, verkauft die Stadt weiterhin Cegedel-Standard-Strom. "Wir haben vorsichtshalber einen Vertrag bis 1. Januar 2004 abgeschlossen. Diese Zeit nutzen wir, um uns auf die weitere Marktöffnung vorzubereiten", erklärt der grüne Schöffe Felix Braz.

Er lasse sich nicht durch das Cegedel-Greenpeace-Angebot unter Druck setzen. "Wir wollen uns nicht festlegen. Zuerst reformieren wir die Struktur der Stadtwerke, und dann, im Herbst, entscheiden wir über Energiesparkonzepte und Stromangebote." Wichtiger als die Möglichkeit für einzelne Haushalte, reinen Ökostrom zu beziehen, sei der Gesamt-Strommix. Wie der zusammengesetzt sein soll, darüber will er allerdings keine Aussagen machen. Er verweist auf das Koalitionsabkommen: Dort steht, Anbieter von grünem Strom würden "prinzipiell in die nähere Betrachtung kommen", und Atomstromlieferanten "prinzipiell nicht berücksichtigt" werden. Felix Braz versichert: "Wir werden versuchen, ganz ohne Atomstrom auszukommen."

kommentar

## Öko, fair und sozial muss Standard werden

**Der Anspruch auf eine nachhaltige Ausschreibungspolitik bleibt weiterhin toter Buchstabe.**

Drei lange Jahre arbeitete die parlamentarische Bau- und Verkehrskommission am Gesetzestext zu den öffentlichen Ausschreibungen. Einen nicht unbeträchtlichen Teil der Diskussionen bestand in dem Versuch, den Anspruch auf Nachhaltigkeit, den die Regierung sich auf ihre Fahne geschrieben hat, in der öffentlichen Ausschreibungspolitik zu verankern. War die Bauenministerin, und mit ihr die Mehrheitsparteien, einen Moment lang bereit, in die für Lastenhefte geltende Kriterienliste auch Anforderungen betreffend die Umweltverträglichkeit, die Internalisierung externer Kosten, die Sozialwirtschaft und den fairen Handel zu integrieren, so machte der Staatsrat mal wieder einen Strich durch die Rechnung. In seinem üblichen, platt wirtschaftsorientierten Denken stempelte er solche Kriterien als "pure Fiktion" ab - obwohl solche Kriterien nicht nur auf EU-Ebene, sondern auch in den einzelnen Mitgliedstaaten immer mehr Verbreitung finden. Dass das Bauenministerium daraufhin flugs einen Rückzieher machte und nur noch vage ökologische und soziale Aspekte im Text zurückbehielt, sagt manches aus über den politischen Mut und auch die eigene Überzeugung der Ministerin. Falls sie beweisen will, dass es ihr doch ernster gemeint ist mit einer nachhaltigen Beschaffungspolitik, hat sie dazu jedoch noch reichlich Gelegenheit. Es gilt nicht nur, die staatlichen Dienststellen, die Gemeinden und andere öffentliche Einrichtungen für das konkrete Einsetzen dieser Kriterien bei Ausschreibungen zu sensibilisieren. Es ist auch dringend notwendig, Leitlinien und Modelllastenhefte auszuarbeiten, die den "Adjudicateurs" die Ausschreibung "auf nachhaltig" erleichtern. Geschieht das nicht, so ist klar, dass die neuen Kriterien größtenteils unangewendet bleiben - außer bei denjenigen Auftraggebern, die auch heute schon von selbst auf ökologische Baustoffe, fair gehandelten Kaffee oder den Einsatz von Beschäftigungsinitiativen setzen.

*Renée Wagener ist grüne Abgeordnete und Mitglied der Bauenkommission. Sie präsentierte Änderungsvorschläge zum neuen Ausschreibungsgesetz, das nächste Woche zur Abstimmung gelangt.*

## Wie sozial ist die SPD?

In Deutschland regiert rot-grün. Und betreibt fleißig Sozialabbau. Das jedenfalls ist die Sicht der Gewerkschaften. Ein Dossier zur Reformagenda des Bundeskanzlers.

## Bierlaune

Die werten KollegInnen von Radio Ara hatten uns (und anderen Medienschaffenden) zu ihrem zehnten Geburtstag, der am Nikolaustag 2002 gefeiert wurde, mit einem besonderen Geschenk beglückt: Es gab jede Menge "sixpacks" aus Bullys Mikrobrauerei. Einziges Problem: Die reinen Biertrinker sind in der woxx-Redaktion hoffnungslos in der Minderheit. Die Folge: Der Bier-Vorrat nahm langsamer ab als geplant, und das Verfallsdatum der "rousses", "blondes" und "blanches" rückte immer näher. Nun soll mensch bei Bioprodukten, die ja bekanntlich auf Konservierungsstoffe verzichten, mit dem Frischhaltedatum nicht spaßen und so mussten wir in den letzten Tagen unseren Bierkonsum der Angebotslage anpassen. Das ist zwar lustig, für die die es trifft, der Betriebsproduktivität aber eher abträglich. Böse Zungen meinten gar, das ganze sei ein Trick der Ara-Crew, der Konkurrenz eins auszuwischen. Schon tüfteln wir an einer angepassten Revanche, dann wenn im Herbst woxx/Gréngespoun den 15. feiert.



woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: Gréngespoun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • **Herausgeberin:** woxx soc. coop. • **Redaktion:** Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Robert Garcia (robert.garcia@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Germain Kerschen (germain.kerschen@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Stefan Kunzmann (stefan.kunzmann@woxx.lu), Ines Kurschat (ines.kurschat@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (danielle.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • **Karikaturen:** Guy W. Stoops • **Fotos:** Christian Mosar • **Verwaltung:** Corinne Saghuber (admin@woxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo. - Fr. 9 - 12.30 Uhr. • **Druck:** c. a. press, Luxemburg • **Einzelpreis:** 1,49 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 59,49 € (Ausland zzgl. 22,31 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 24,79 € • **Postscheckkonto:** CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Espace Régie Luxembourg s.a. Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • **Recherchefonds:** Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der "Solidaritéit mam Gréngespoun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • **Post-Anschrift:** woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • **Büros:** 51, ave de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • **E-mail:** woxx@woxx.lu • **Site:** www.woxx.lu • **Tel.:** (00-352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79